

Der Gewerfverein.

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
und des Deutschen Arbeiterbundes.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

Dr. Max Hirsch.

Nr. 6.

Berlin, den 27. Juni

1869.

Erscheint jeden Sonntag in 4 Seiten gr. 4°. Vierteljährlicher Abonnementspreis: 7½ Sgr. = 26 Kr. Süddeutsch. Expedition: Rathhämlichstr. 19.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Bei Abonnement von mindestens 8 Exemplaren unter einer Adresse direkt an den Herausgeber (Dr. Max Hirsch, Rathhämlichstr. 19) wird der Preis auf 6 Sgr. = 21 Kr. pro Exemplar ermäßigt, welche franco einzusenden sind. — Man wolle zeitig abonnieren!
Für Berlin nehmen auch alle Leitungs-Expeditionen, insbesondere Fr. Landgraf, Neanderstr. 30, und die Expedition der Volks-Zeitung, Tauentzstr. Nr. 27, Bestellungen an.

An unsere Leser und Freunde!

Mit der nächsten Nummer beginnt das neue Quartal, und eruchen wir alle Mitglieder und Freunde der Gewerks- und Arbeiter-Vereine um zahlreiche und frühzeitige Abonnements auf unser Blatt; damit nicht, wie in diesem Quartal, die ersten Nummern vergriffen werden. Für Berlin und nächste Umgegend werden auch Monats-Abonnements zu 2½ Sgr. pro Monat eingeführt, und wollen die Arbeiter größerer Fabriken und Werkstätten sich schon jetzt zu gemeinsamen Abonnement von mindestens 8 Exemplaren mit ermäßigten Preisen, 6 Sgr. pro Quartal, 2 Sgr. pro Monat vereinigen; derartige Bestellungen sind aber nur bei dem Herausgeber zu machen.

Auswärts wolle man entweder bei der nächsten Postanstalt, oder, bei mindestens 8 Exemplaren unter einer Adresse, direkt beim Herausgeber, Rathhämlichstr. 19, abonnieren. Sämmtliche Postanstalten (gemäß Nr. 316 a. des 6. Nachtrages vom Zeitungs-Preis-Courant) sind verpflichtet, Abonnements für das 3. Quartal 1869 zum Preise von 7½ Sgr. für jedes Exemplar (nicht etwa Nummer) des „Gewerksverein“ anzunehmen; um Verwechselungen mit anderen Blättern zu vermeiden, bezeichne man genau Titel und Herausgeber. Monats-Abonnements dagegen werden von den Post-Anstalten nicht angenommen, eben so wenig Gesamt-Abonnements zu ermäßigtem Preise.

Wo daher mindestens 8 Abonnenten sich zusammenfinden, mögen dieselben gemeinsam unter Einsendung von 2 Sgr. pro Monat oder 6 Sgr. pro Quartal für jedes Exemplar (in Briefmarken oder durch Postanweisung) bei dem Herausgeber abonnieren, jedoch kann alldem die Sendung sämtlicher Exemplare bestellter Exemplare nur an eine Adresse erfolgen, da nur dadurch Porto-Ermäßigung möglich ist. Aus demselben Grunde mußte die bisherige Anzahl Exemplare 6 auf 8 erhöht werden. Uebrigens ist es bei regem Interesse selbst in kleineren Städten und Vereinen möglich, daß sich 8 Abonnenten vereinigen, wie dies schon die bisherigen Bestellungen beweisen. Probenummern zur Verbreitung stehen auf Wunsch gratis zur Verfügung.

Schließlich bemerken wir noch, daß gemäß freundlichem Uebereinkommen mit dem Herausgeber der Leipziger „Vauhütte“ beide Organe gemeinschaftlich zum Preise von 12½ Sgr. pro Quartal von Hrn. G. Zahn in Leipzig bezogen werden können. Besonders für die Arbeiter der Dampferwerke ist dies sehr zu empfehlen. — Als politische und soziale Ergänzung unseres Blattes empfehlen wir den Mitgliedern die Berliner „Volks-Zeitung“, das ursprüngliche Organ der Gewerksvereine, angelegentlich; unseren Abonnenten werden überdies gegen Einsendung der Postsumme von mehreren Exemplaren je 3 Sgr. Rabatt von der Expedition der Volks-Zeitung, Berlin, Tauentzstr. 27, vergütet. Das Abonnement beträgt 25 Sgr. pro Quartal.

Mögen alle Vereins-Vorstände und Mitglieder ihre Schuldigkeit thun — dann wird der „Gewerksverein“ nicht nur seine Kosten decken, sondern bald ein wöchentlich zweimaliges Erscheinen ohne Preis-erhöhung ermöglichen!

Berlin, den 18. Juni 1869.

Die Redaktion.

Die deutsche Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit.

Das Ergebnis unserer Betrachtungen über die Invaliden der Arbeit (in Nr. 3 und 4 d. Bl.) war in Kürze folgendes: Seher Arbeiter, der in den Tagen der Kraft und Gesundheit seine Schuldigkeit thut, hat den moralischen Anspruch auf Unterhalt und Pflege in den Tagen des Siechtums und der Arbeitsunfähigkeit. Dieser Anspruch bildet eine Verpflichtung der Gesellschaft, d. h. der Gesamtheit der Einwohner des Landes.

Die offene Frage blieb nur die, auf welchem Wege dieser Anspruch am besten und sichersten erfüllt werde — auf dem Wege der Staatshilfe oder auf dem der Selbsthilfe? Unterzuchen wir einen Augenblick die Möglichkeit und die Beschaffenheit der Staatshilfe. Nicht für künftige Geschlechter, unter uns noch unbekanntem Verhältnissen, sondern für die Gegenwart und nächste Zukunft. Denn wir sollten meinen, daß die Pflicht und das Bedürfnis der Invaliden-Unterstützung so dringend ist auch für das jetzt lebende und arbeitende Geschlecht, daß mit bloßen Betrübnissen auf zukünftige bessere Zeiten gar wenig geholfen ist. Die Frage ist also: will und kann der gegenwärtige Staat mit seinen bestehenden Regierungen und Parlamenten, die Invaliden der Arbeit ausreichend unterstützen?

Die Antwort lautet: nein, und dreimal nein! Der gegenwärtige Staat ist nicht einmal im Stande, seine allgemeinen und seit lange anerkannten Verpflichtungen, wie den Volkunterricht, vollständig zu erfüllen, nicht einmal alle Invaliden des Krieges vor Noth zu bewahren — wie sollte er eine so gewaltige neue Aufgabe übernehmen wollen und können? Woher soll er die Millionen nehmen, die unbedingt dazu erforderlich sind, in diesen Zeiten des fortwährenden Deficits? Die Unmöglichkeit liegt so sehr auf der Hand, daß selbst die Sozial-Demokraten, die doch sonst nicht blöde gegen den Staat sind, einen Antrag auf staatliche Invalidenkassen niemals gestellt haben.

Nur ein Staat, — sagen wir lieber ein Herrscher — hat sich, wenigstens scheinbar, an die Aufgabe herangemacht. Die Regierung des Kaisers Napoleon hat bekanntlich im vorigen Jahre auch eine Invalidenkasse mit Staats-Unterstützung den französischen Arbeitern dargeboten. Wohl verstanden, nur mit Staatsunterstützung, nicht auf Staatskosten. Mit dieser französischen Kasse ist es überhaupt ein ganz eigenes Ding. Zunächst zahlt der Arbeiter, der sich versichern will, den Eintrittsgeld und seine Beiträge — etwa an die

von ihm selbst gewählten Vertrauenspersonen? O nein, sondern an die Staatskasse. Er wird einfach Gläubiger der Regierung. Für seine baaren Zahlungen erhält er freilich etwas: das Versprechen, im Falle der Invalidität unterstützt zu werden. Wer bürgt für dies Versprechen? Die Regierung — welche bekanntlich in Frankreich mitunter fortgesetzt wird, und mitunter Bankrott macht. Und wer entscheidet, ob der Arbeiter wirklich invalide, also unterstützungsberechtigt ist? Im Wesentlichen der Herr Maire (Bürgermeister), der Herr Sub-Präfekt, und der Herr Präfekt (Regierungs-Präsident), also wieder die Regierung. Nun, es soll auch anderwärts schon vorgekommen sein, daß bei der Beurteilung der Unterstützungs-Bedürftigkeit gefragt wurde: Wie hat P. P. gewählt?

Die französische, vom Staat verwaltete und subventionirte Invalidenkasse hat, um es kurz zu sagen, zwei Seiten. Eine sichere: die Zahlung des Arbeiters an den Staat — und eine unsichere: die Zahlung des Staats an den Arbeiter. Ob das Geschäft für die französischen Arbeiter verlohrend ist? Wir haben bis jetzt über die Beihiligung nichts Näheres erfahren.

Aber selbst von der Unsicherheit, von der unvermeidlichen Beeinträchtigung und Unselbstständigkeit der Arbeiter in und durch solche Kassen abgesehen — wie verhält es sich denn mit den Millionen, welche der Staat den invaliden Arbeitern zu ihren Beiträgen großmüthig hinzuschleckt?

Diese Millionen werden durch Steuern aufgebracht, und den weitaus größten Theil der Steuern zahlen die Arbeiter. Das wird von keiner Seite mehr bestritten, am wenigsten von den Anhängern der Staatshilfe, welche die indirekten Steuern, gleich uns, so energisch bekämpfen, wenn auch ihre Vertreter in den Parlamenten bei den Abstimmungen darüber zu fehlen pflegen*).

Also die Arbeiter müssen an den Staat als Steuer zahlen, was die Arbeiter vom Staate als Invaliden-Zuschuß erhalten! Der Staat ist gleichsam nur der Agent, und sein vermeintliches Geschenk an die invaliden Arbeiter fließt aus deren eigenen Taschen. Die angelegliche Staatshilfe entpuppt sich pecuniär als indirekte Selbsthilfe.

Und gut noch, wenn es nur das wäre. Aber das Schlimmste ist, daß diese verkleidete Selbsthilfe den Arbeitern sehr viel Geld und sehr viel Unabhängigkeit kostet. Denn von allen Agenten ist bekanntlich der Steuerfiskus der theuerste und der anspruchsvollste. Die Erhebung der indirekten Steuern kostet z. B. in Preußen ca. 12 Procent, also den achten Theil der Einnahmen!

Ist es nun für die Arbeiter nicht wirklich weit einfacher, billiger und in jeder Beziehung vortrüglicher, wenn sie den Umweg durch die Staatskasse sparen und ihre

*) Sowohl im Reichstag, bei der Abstimmung über die Draumaly (Bier-) Steuer, als im Zollparlament, bei der Abstimmung über Petroleum und Zucker, war der größte Theil der sozialistischen Abgeordneten nicht anwesend.

b. daß auch in Württemberg, Baden und Südbayern alle gesetzlichen Beschränkungen des Coalitionsrechtes in kürzester Frist aufgehoben werden;

c. daß die volle, ungeschwächte Coalitionsfreiheit in allen deutschen Staaten auch den ländlichen Arbeitern gewährt wird.

3) Die Arbeiterbildungsvereine werden aufgefordert, alle zur Verwirklichung dieser Forderungen geeigneten Mittel unverzüglich anzuwenden.

4) Den Arbeitern ist bei Ausübung der Coalitionsfreiheit die äußerste Vorsicht und die sorgfältigste Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse dringend zu empfehlen. Unberechtigte, durch die Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht begründete Arbeitsentstellungen, die sich erfahrungsmäßig an den Arbeitern selbst schwer rächen, sind streng zu vermeiden. Die tatsächliche Arbeitsentstellung sollte nur im äußersten Notfalle und als letztes Mittel, nachdem alle gütlichen Wege, insbesondere die Vermittlung eines unparteiischen Schiedsgerichtes, vergeblich versucht sind, angewandt werden.

Es ist dagegen selbstverständlich, daß die coalitierten Arbeiter sich aller Gewaltthätigkeiten und Zwangsmassregeln gegen ihre Mitarbeiter enthalten. Forderungen, welche die Freiheit der Arbeit Anderer beeinträchtigen, sind durchaus verwerflich.

5) Um die Zulässigkeit und Berechtigung der Forderungen von günstigeren Arbeitsbedingungen im einzelnen Falle genauer prüfen zu können, empfiehlt sich in erster Linie die Herstellung einer allgemeinen Arbeitsstatistik. Dieselbe hat für die hauptsächlichsten Gewerbe die in den verschiedenen Gegenden Deutschlands üblichen Lohnsätze, Arbeitszeiten u., zugleich auch die Preise der notwendigsten Lebensmittel, soweit möglich, zu umfassen.

Der Vorort des „Deutschen Arbeiterbundes“ ist beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Centralrathe der deutschen Gewerkschaften die Erhebung einer solchen Statistik in Angriff zu nehmen, bez. zu veranlassen.

Der von dem Regensburger Verein gestellte Antrag bezugs Gründung einer Central-Wander-Unterstützungskasse wurde abgelehnt und folgende motivirte Tagesordnung beschlossen:

„In Erwägung, daß nach mehrjährigen fruchtlosen Bemühungen unserer Vereine es nicht hat gelingen wollen, wegen der ungleichen Interessen der einzelnen Gewerke und Vereine, Wander-Unterstützungskassen einzuführen, in fernerer Erwägung, daß diese Frage allein in genügender Weise durch die Gewerkschaften gelöst werden kann, geht der Arbeitstag über diese Frage zur Tagesordnung über.“

Trotzdem daß über den nächsten Punkt der Tagesordnung, die Frage wegen der indirekten Steuern, der Referent (Krebs, Berlin) nicht anwesend war, entspann sich über den Gegenstand eine längere Debatte, in welcher man sich im Allgemeinen gegen die indirekten Steuern aussprach und schließlich folgende Resolution faßte:

„Der Vereinstag erklärt bezüglich der Steuerfrage, daß er es für seine Pflicht hält, gegen die notorische Mehrbelastung des Arbeiters durch indirekte Steuererhebungen oder gar durch Einführung neuer Steuern, und namentlich der Petroleumsteuer, entschiedene Verwahrung einzulegen und beauftragt den Vorort, daß er die nöthigen Schritte dieserhalb ins Werk setzt.“

Ueber die Frage des unentgeltlichen Volksschulunterrichts berichtete Herr Stöffler aus Pforzheim in einem längeren Vortrage. Auf den Antrag des Herrn Schulze aus Karlsruhe setzte man die Beschlußfassung über diesen Gegenstand aus und vertrieb die Verhandlung auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages. Der Bericht des Herrn Stöffler soll gedruckt den einzelnen Vereinen zugesandt werden. Ueber den Antrag zur Bildung von Rechtschutzvereinen für die Arbeiter und die dienende Klasse ging man, in Rücksicht darauf, daß diese Aufgabe lediglich den Gewerkschaften obliege, zur Tagesordnung über. Nach nunmehriger Erledigung sämtlicher Beratungsgegenstände schloß der Vorsitzende den Vereinstag, dankte dem Kasseler Verein für seine Gastfreundschaft und sprach die Hoffnung aus, daß derselbe bald dem Bunde angehören möge. Wenn auch nur wenige Vereine am ersten Vereinstag theilgenommen hätten, so sei es doch sicher, daß den von dem Vereinstag vertretenen Ideen die Zukunft angehöre. Es möge daher die Saat, die der Vereinstag gesät, freudig aufgehen! (Nach der „West. Morgen-Zeitung.“)

Arbeiterverhältnisse.

— Aus dem Kreise Siegen geht uns eine Nachricht über die Verhältnisse der dortigen Maschinenbauer und Hüttenarbeiter zu, nach welcher deren Lage im höchsten Grade bedauerndwerth erschiene. Danach beträgt die Arbeitszeit, selbst für Lehrlinge von 15—16 Jahren, 13 1/2 Stunde, wird jedoch häufig auf 15 1/2 Stunde verlängert, wofür dem Arbeiter, hat er in einer Woche zweimal länger arbeiten müssen, nur 1/4 Tagelohn vergütet wird. Der höchste Lohnsatz beträgt 27 1/2 Sgr., für die Arbeit der ganzen Nacht wird nur 1/4 Tagelohn vergütet. Während die Fabrik- und Handarbeiter in den meisten Gegenden der Rheinprovinz bis auf 20 Sgr. Lohn täglich kommen, sind daselbst die höchsten Lohnsätze 11, 12—14 Sgr.; dabei müssen die Arbeiter zum Arbeitslage gewöhnlich noch einen Weg von 1—1 1/2 Meile gehen, so daß nur geringe Zeit für den Schlaf übrig bleibt. Daß bei derartigen Verhältnissen die Giltigkeit im Sinken begriffen ist und das Branntweintrinken u. in erlicherdem Rauche zunimmt, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich, daß es hierbei nicht bleiben darf. — (Wir werden unsere Ansicht über die Verklärung der Arbeitszeit, welche eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften ausmacht, in den nächsten Nummern d. Bl. aussprechen und begründen. Die Red.)

Verbands-Beil.

† In der am 10. Juni stattgehabten Sitzung des Verbandes der Berliner Ortsvereine wurde zunächst eine Geschäftsordnung zur Leitung der Versammlungen durchberathen und angenommen. Dieselbe soll der Redaktion unseres Blattes zur Weiterverbreitung übergeben werden. *) Sodann wurde die für den 13. angelegte Versammlung zur Besprechung der Krankenkassen wegen zeitiger Abwesenheit des Herrn Schulze-Delisch auf vorläufig für Sonntag den 20. d. festgesetzt. Die Kosten für diese und die stattgehabte Versammlung über die Gewerbeordnung, im Gesammtbetrage von 6 Thln. sollen von den Ortsvereinen gemeinschaftlich getragen werden und werden dieselben hierauf zur Bewilligung derselben aufgefordert. Die Höhe des Betrages für den einzelnen Verein wird etwa 1/5 des monatlichen Rechtschutzbeitrages ausmachen.

*) Wir haben vorgezogen, die Geschäftsordnung im Format der Statutenbücher u. abdrucken zu lassen und dieser Nr. beizulegen, damit die Mitglieder dieselbe in ihre Statutenbücher zum Gebrauch einleihen oder einstecken können. Diese Geschäftsordnungen werden an die Vereine auch extra zu 1/2 Sgr. pro Duzend abgelassen, bei Bestellung an den Herausgeber. Die Red.

Ortsverein der Berl. Maschinenbau- und Metallarbeiter. Sonnabend, den 19. Juni c. Abends 8 1/2 Uhr im Univerbum. Orts-Versammlung. Tages-Ordnung: 1) Antrag der Berliner Handlungsdiener; 2) Antrag Beschneider; Ref. Herr Endentham; 3) Vereins- und Kassendiner; 4) Wahl eines Heilcomitèes für den Delegirtenstag; 5) Krankenkasse; Ref. Herr Endentham.

B. Längler, Sekretär. Versammlung der Mitglieder der Gewerkschaft und des Berliner Arbeitervereins, Sonntag den 20. d. 9 Uhr Vorm. (Eröffnung genau 10 Uhr) in der „Lohhalle“, Gr. Friedrichstr. 112. Vortrag des Hrn. Abg. Schulze-Delisch über Kranken- und Hilfskassen und Distaktion. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Der Verband der Berliner Ortsvereine. Außerordentliche Versammlung des Ortsvereins der Tischler u. Schnabeln den 19. d. M. Abds. 8 Uhr bei Lohmann Alexandrinerstr. 36. Tagesordnung: Regelung der Kranken- und Begräbniskasse, sowie Empfangnahme der Quittungsbücher. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Ortsverein der Maxer. Versammlung den 21. Juni 8 Uhr, Neue Friedrichstr. 44 bei Streich. Tagesordnung: Bericht der Commission für die Lohnfrage. Krankenkassen-Statut. Paraphquantum für den Berliner Arbeiterverein. Aufnahme neuer Mitglieder.

Huppelt, Orts-Sekretär. Der Generalkath des Gewerbevereins der deutschen Schuhmacher und anderer Lederarbeiter labet die Vorstände der Ortsvereine der Gerber u. Sattler u. und Buchbinder u. zu einer wichtigen Besprechung Dienstag den 22. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, Krausenstr. 11. ein. Hertrampf.

Orts-Versammlung der Berliner Zimmerleute. Mittwoch, den 23. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Caffee Humboldt, Neue Grünstr. 32. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt. J. Bernstein.

Ortsverein der Cigarren- und Tabakarbeiter. Freitag, den 25. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung der Mitglieder in dem Streich'schen Lokal Neue Friedrichstr. 44. Tagesordnung: 1) Vorstandswahl. 2) Beschlußfassung über mehrere Anträge. 4) Vereinsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Im Interesse der Sache werden die Mitglieder ersucht, sich so zahlreich wie möglich einzufinden. Der Vorstand.

Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter. Montag den 26. d. M. Abends 8 Uhr in Streich's Lokal, Neue Friedrichstr. 44, Generalversammlung. Tagesordnung: Neuwahl des Ausschusses, Aufnahme neuer Mitglieder. Nur Mitglieder erhalten zu dieser Versammlung Zutritt. C. Wald, Orts-Secr.

Am 28. Juni findet im Hofjäger vom Besten der Gewerkschaft ein Konzert und Ball statt, wozu alle Mitglieder der Ortsvereine, sowie sonstige Freunde und Gönner ganz ergebenst eingeladen werden. Billets zum Konzert sind vorrth bei den Secretären sämtlicher Ortsvereine zu einem ermäßigten Preise für 2 1/2 Sgr. zu haben. Das Vergnügungs-Komitè des Ortsvereins der Schneider.

Briefkasten. Schelle, Orts-Sekretär Gottb. Sie fragen: Wann wird der Gewerkschaften mit der Kranken-Kasse vorgehen? — Wir bitten den heiligen Willen des Herrn Dittmann als Rathgeber zu betrachten, und sich zu gedulden, bis die so nothwendige gemeinsame Vorbereitung stattgefunden hat. — Der gewünschte Besuch bei Ihnen ist jugeligt.

J. H. Dittmann, Karlsruhe. Die Muster-Statuten werden neu gedruckt. Sobald sie fertig sind, erfolgt die Sendung umgehend. Schubert, Kogena. Wenn wir den Gewerkschaften nach Grembsdorf und Grembsch schicken sollen, so haben Sie wohl die Güte und Dorsen so möglich umgehend zugehen zu lassen.

Ehrer, Karlsruhe. Wir freuen uns, daß auch Sie das Bedürfnis zum Anschluß fühlen. Vorsitzender des Generalrats der Maschinenbauer ist Endentham, Reichthaler Str. 66. Sekretär Längler, Gartenstr. 166. Verort: Berlin.

Krebs, Berlin. Pred. Henneberg, Dörksen b. Mainz. Gied. Nürnberg. Besten Dank, aber zu spät für die heutige Nummer. Garnaad, Danzig. Freund in Bromberg. Antwort umgehend, letzte Lage übermäßig beschäftigt. Einide und Genossen. Östlich. Herzlichen Dank für Ihren telegraphischen Glückwunsch.

Starl, Nürnberg. Seit Kasse keine Arbeiter-Zeitung und keine Brief erhalten. Bitte um beide! Kröger, Rostock. Auch wir glauben bestimmt nicht, daß die Post „Bauhütte“ und „Gewerkschaft“ zusammen zu ermäßigtem Preise besorgen wird; dies kann nur bei direkter Zusendung einer Anzahl Exemplare geschehen, welche eben auszuführen ist.

Als Probe der Gesinnung und des Styls der Kassalleaner veröffentlichten wir folgendes Inserat in einer holländischen Zeitung: Aufforderung.

Hierdurch fordere ich im Namen aller Kassalleaner in Halle und dem Saalkreise den Dr. M. Hirsch auf, in der auf Donnerstag den 17. Juni stattfindenden großen Volksversammlung in Freiberg's Salon zu Halle zu erscheinen, in dieser Versammlung öffentlich alle Verdächtigungen, die er am 30. Mai d. J. in einer Versammlung seiner Anhänger zu Eßbein gegen die Kassalleaner und ihren Präsidenten ausgesprochen, öffentlich zu wiederholen und Beweise dafür zu liefern.

Im Falle eines Nichterscheinens würde ich den Dr. M. Hirsch als frechen Verleumder der Beratung aller Arbeiter preiszugeben. Halle, den 11. Juni 1869. Ottomar Schnauffer, Bevollmächtigter für Halle.

Dieses Inserat erhielt Dr. Hirsch erst am demselben Donnerstag den 17. Vormittags durch einen Freund in Giebichenstein nach Berlin zugesandt, nachdem Hirsch vorher erplich eine ähnliche Aufforderung in der „Freien Zeitung“ per erplich ihm zugegangen war. — Das Urtheil über ein solches Verfahren überlassen wir dem Anstand unserer Leser.

Für die durch schwedische Einfuhr gemehrten Arbeiter in Rostock sind bei uns eingegangen: Dr. Max Hirsch 1 Thlr., Sammlung in der gemeinsamen Ortsversammlung der Cigarrenmacher, Maler und Kolonisten der Berlin 1 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf., Sammlung im Ortsverein der Klempner zu Berlin 2 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf., Sammlung im Ortsverein der Schmiede zu Berlin 6 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf., Sammlung im Ortsverein der Maler zu Berlin 1 Thlr. 20 Sgr. Weitere Beiträge nimmt entgegen Die Redaktion.

eigenen, selbstständigen und selbstverwalteten Invalidenkassen bilden? Was würde man zu dem Vorschlag sagen, der Staat sollte z. B. für die Kleidung der Arbeiter sorgen, indem er von ihnen so und so viel Millionen Beiträge und Steuern einzieht, und für deren Betrag Röcke, Hosen und Westen anschafft? Jeder vernünftige Mensch würde einen solchen Vorschlag auslachen. Ganz ähnlich verhält es sich aber mit der Invalidenkasse. Wer auch materielle Staatshilfe predigt, Ihre Arbeiter, an den richtet statt aller Entgegnung die Frage: „Kann der Staat den Arbeitern etwas geben, ohne es vorher von den Arbeitern genommen zu haben?“ Es giebt Ausnahmefälle, wie z. B. den Volksunterricht und die Rechtspflege. Aber die Invalidenkasse gehört nicht darunter.

Für die Invaliden-Unterstützung hat nicht der Staat, sondern die Gesellschaft einzutreten, und zwar nicht durch Geschenke und Prämien, sondern durch Gewährung eines Arbeitsverdienstes, welches dem Arbeiter die volle Versicherung gegen die Invalidität ermöglicht. Diese naturgemäße Höhe des Arbeitslohnes herbeizuführen, ist und bleibt die Hauptaufgabe der Gewerksvereine. Man gebe dem Arbeiter nur den auskömmlichen Lohn, seine Kassen wird er schon selbst organisiren! Will aber auch der Staat nicht zurückbleiben? Wohlja, so vermindere er die Steuern, welche auf dem Arbeiter lasten — das ist die beste Staatshilfe! —

Die große Masse der deutschen Arbeiter hat die Frage längst praktisch entschieden, indem sie einmütig die Gründung von Invalidenkassen auf Grund der Selbsthilfe erstrebten. Schon der bedeutende Arbeiter-Delegirtenkongress zu Leipzig, im Jahre 1864, beriet über eine allgemeine Invalidenkasse für ganz Deutschland, welche sich an die Arbeiterbildungsvereine anlehnen sollte. Allein die Organisation der Arbeiterbildungsvereine war weder umfassend, noch fest genug, um ein so gewaltiges Gebäude zu tragen; der schöne Plan gelangte nicht einmal zu einem Beginn von Ausführung.

Jetzt haben die Gewerksvereine mit jugendlicher Thatkraft die Sache in die Hand genommen. Bereits in den Muster-Statuten ward „die Errichtung einer Invaliden- und Altersversorgungskasse des Gewerksvereins, wozüglich auch des Verbandes deutscher Gewerksvereine, zur Unterstützung der durch Unfall und Beschäftigung Arbeitsunfähigen“ unter die Aufgaben der Gewerksvereine vornangestellt. Und nachdem mehrere Orts-, Bezirks- und Gewerksvereine vorbereitende Schritte zur Ausführung gethan, wurden auf dem Pfingst-Kongresse die Statuten der „Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit“ vornehmlich der Staats-Genehmigung in so weit festgestellt, daß in einigen Tagen, am 1. Juli, die provisorische Eröffnung erfolgen kann und wird.

Ein herrliches Glück auf! dem Anfang dieses großen und ehrenvollen Werkes, dessen nähere Beleuchtung unser zweiter Artikel (in Nr. 7 d. Bl.) unternehmen wird.

Wochenchau.

Die Herren Schweiger und Menke haben kaum ihre Ärmel erhoben, um sich gegenseitig an das so häufig verkamte Bruderherz zu drücken, munter ist allerwärts die Abstimmung bereits im Gange, ob ihnen die Erlaubnis zu diesem jählichen Ausdruck ihrer lang bezähnten Gefühle gegeben werden soll, und schon drängt sich wie ein Nebel oder ein finsterner Geist der Schatten des Herrn Freundschuh dazwischen, des ehemaligen Secretärs Menkes, der doch am Ende einige Kenntniß von dem Hn und Weiden dieser Herren hat. Zum Verständniß des Menkeschen „Sprunges in die Tiefe“ verliest man in einem Chemnitzer Blatt Folgendes:

„Das diktatorische Schreiben dieses Hn. Menke und insbesondere seine unterwürfige Stellung unter die bekannte Gräfin Hagelstid führte in der letzten Zeit dazu, daß ein Gericht über ihn und seine Handlungsweise gehalten werden sollte. Es waren hinreichend alle Beweise für die Willkürherrschaft, sowie das Oberkommando der Gräfin vorhanden und Dr. Menke wurde durch Beschluß vom 12. Juni d. S., gefaßt von den Chemnitzer Mitgliedern des Kassalischen Vereins, verstärkt durch 50 Vertreter auswärtiger Mitgliedschaften, aufgefördert, über dieses Schreiben sich in einer Versammlung in Chemnitz zu verantworten. Hr. Menke sah nun ein, daß er ein vornehmer Mann sei, wenn er nicht

anders mandovire — er sah ein, daß es auf alle Fälle mit dem „Präsidentenspielen“ sein Ende habe und daß der Reichstags-Abgeordnete, der, beiläufig gesagt, mit 1800 Thalern erkaufte werden mußte, ebenfalls in die Brüche gehe — darum sein Sprung in die Tiefe, darum seine Vereinigung mit Schweiger. Wir haben nichts dagegen, wenn Menke mit Schweiger sich vereinigt, denn „Pach schlägt sich und Pach verträgt sich“; aber dagegen erheben wir unsere Stimme, daß die Arbeiter noch länger von solch erbärmlichen Charakterlosen Menschen an der Nase herumgeführt werden und bringen daher diese oben angeführten Thatsachen hiermit zur Veröffentlichung mit der Bitte an alle Redaktionen, von dieser Sache Notiz nehmen zu wollen, damit dem schändlichen Schreiben dieser Sorte von Volksbeglückern endlich ein Ziel gesteckt werde.“

Ja, der Segen der Wiedervereinigung der männlichen und weiblichen Kasse sollte schon frühe Früchte gezeugt. Reizende Erkenntnisgeheimnisse haben sich zugetragen. Der „Social-Demokrat“ veröffentlicht bereits die Namen einiger jener Colen, die, wie es heißt, von beiden Seiten Geld gezogen haben. Es sind genannt die Herren: S. Klang, G. Koller, S. M. Hirsch (Erfurt), Freundschuh, Hillmann. Weitere Ermittlungen sind im Gange!

Das fest (!) begründete Haus scheint ins Wanken zu kommen, die Ratten ziehen von dannen. —

Unbefürchtet um diese Angelegenheiten schleudern die Präsidenten und einzelne Vereine ihre Dankschreiben nach allen Seiten hin. In Halle ist Dr. Max Hirsch wirklich in contumaciam verurtheilt worden, Dr. Kirchner wird ihm bald folgen.

Heiterlich ist der Vertrag, sich gegenseitig in Ruhe zu lassen, mit Bebel und Liebknecht aufgehoben, weil Bebel die Freiheit (!) gehabt hat, ohne die allerhöchste Erlaubnis des Präsidenten Schweiger mit untergeordneten Kassalaneern in Thüringen zu verhandeln.

In Köslin nimmt der Strite der Zimmerer und in Leipzig auch der der Cigarrenarbeiter immer größere Dimensionen an, einige Söldner Zimmerleute sind bereits ausgewandert, andere sollen ihnen noch folgen. Uebrigens regt der Grund, den der Präsident der Zimmerer Hr. Lübert dafür anführt, daß diesen beiden Städten keine Unterstützung zu Theil wird, recht zum Denken an. Als nämlich diese Arbeitseinstellung dem Verbands-Präsidium gemeldet wurde, so wurde binnen 24 Stunden der Ausschuss berufen. Dieser ist aber nicht erschienen, was somit nicht beschlußfähig, Leipzig und Köslin können somit keine Unterstützung erhalten. Wie viel mal 24 Stunden sind seit jener Zeit wohl schon verlossen? Aber nicht beschlußfähig klingt besser als nicht zahlungsfähig! — Frankfurt a. O. hat dieselbe Begünstigung wie Leipzig und Kassel erfahren: Soldaten werden beurlaubt, um für feierlichen Zimmerleute zu arbeiten! (Wir werden diesen Eingriff der Militärmacht in das freie Arbeitsgebiet demnächst ausführlicher beurtheilen.) Der Strite der Zimmerleute und Schreiner in Freiburg (Baden) hat den Erfolg gehabt, daß sich dieselben zu einer, wie es scheint, recht lebensfähigen Productionsgenossenschaft vereinigt haben. Neue Arbeitseinstellungen haben stattgefunden in Altana die Messingarbeiter wegen zu schlechten Lohnes, ebenso in Wien die Büchsenmacher und in Brünn 800 Weber und Spinner, bei letzteren haben jedoch die Fabrikanten theilweise schon nachgegeben. In Lyon haben die Wälder die Arbeit eingestellt, in Marseille feiern die Tischler schon lange. In St. Etienne ist zwar die „Kasse“ durch die Ghassepot's hergestellt, doch hegt die Regierung Beforgnisse, daß die Arbeitseinstellung im ganzen Kohlenrevier Platz greifen wird. Die Arbeiter verlangen deren Regelung des Lohnes und der Arbeitszeit die Aufhebung der Zwangsklassen. Die Hülsen- und Kranenlassen werden nämlich dort von den Directoren der Bergbau-Gesellschaften geleitet und die Arbeiter zum Beitritt gezwungen. Die französische Regierung scheint übrigens dieser „Kasse“ keinen rechten Glauben zu schenken, vor einem nochmaligen eben so unbarmerzigen Vorgehen aber Schen zu haben, denn bereits ist auf ihre Anordnung ein großer Theil der Arbeiter-Forderungen bewilligt.

Näher verläßt uns die Arbeitseinstellung von 180 bis 190 Maschinenbau- und Metallarbeitern in der Königl. Geschützfabrik zu Spandau, die fast alle dem Gewerksverein der Maschinenbauer angehören. Der Grund dieses, in unseren Augen gerechtfertigten Schrittes ist in Kurzem folgender: Ein Bohrmeister Drovius hat

sich auf grobe und thörichte Weise an einem Arbeiter vergriffen und gedroht, jedem, der sein Verfahren mißbillige, es schwer entgelten zu lassen, was bei seiner Stellung als Vorgesetzter sehr leicht gewesen wäre. Die Arbeiter, empört über ein solches Verfahren, wendeten sich Beschwerde führend an die zuständige Behörde und erklärten, bis zur Erhebung derselben mit dem Bohrmeister zusammen nicht mehr arbeiten zu wollen. Der Bohrmeister blieb auch weg, bis er doch eines Tages wieder erschien. Da ruheten plötzlich in der ganzen Werkstätte die Werkzeuge. Von Mund zu Mund ging die Kunde, trotz ihres Entschlusses sei Drovius wieder eingetreten. Als nun derselbe, deshalb befragt, ein höhnisches „Ja“ zur Antwort gab, verließen sämmtliche Arbeiter mit ihren Meistern die Werkstätte. Doch siehe draußen: geschlossene Pforten, doppelte Posten, Offiziere und Feldwebel, die sonst nie da, in Menge. Da hätte man doch glauben können, daß das empörende Gefühl sich gewaltsam Bahn brechen werde! Doch nein! Eine Deputation wird zum Director (dem beliebigen (!) Wever) geschickt, der denn auch erklärt, es sei von ihm so angeordnet, Drovius habe sein Ehrenwort gegeben, er werde es den Arbeitern nicht entgelten (!) lassen, das genüge. Wo bleibt da die Ehre der Arbeiter? Oder würde der Herr Hauptmann Wever mit einem Offizier, den er für ehrlos hält, weiter dienen? Ruhig und gemessen lehren die Sprecher und mit ihnen der Director zu ihren Auftraggebern zurück, derselbe wiederholt seine Aeußerungen, mahnt dazu, an die Arbeit zu gehen und keine Geheißüberschreitung zu begehen. Da sagt ihm ein Arbeiter: „Wir wollen nur unser Recht, wir werden den gesetzlichen Boden nicht verlassen, daran dürfen wir uns nicht erst erinnern lassen, oder unsere Ehre erlaubt es nicht, mit solchen Menschen zusammen zu arbeiten.“ Als sei es eben Feuerabend, nur erst im Bewußtsein, einen großen Schritt gethan zu haben, gingen sie ohne den geringsten Tumult auseinander. Ihr Betragen war ein richtiges. Der Arbeiter muß seine Ehre wahren, wenn es auch Opfer kostet. Der Generalrath der Maschinenbau- und Metallarbeiter wie der Centralrath der deutschen Gewerksvereine haben sofort ihre volle Unterstützung zugesagt; wir haben die feste Ueberzeugung, kein Arbeiter wird in solchem Falle zurückstehen.

Der sogenante Fabrikantenverein hat das Zeichen seiner Wirksamkeit in Hannover von sich gegeben und sich in einer Weise entpuppt, welche den Abscheu jedes Menschen erregen muß. Die Fabrikanten der mechanischen Weberei zu Linden bei Hannover wollten nämlich das Arbeitslohn, das 17—22 Gr. betrug, mit einem Schläge herunterbringen. Drum entließen sie unentwöhrt die 69 Leute des sogenannten Gläsefaales, gaben ihnen jedoch unter der Hand zu verstehen, sie könnten wieder anfangen. Aber wie? Sie sollen vorher einen Kontrakt unterschreiben, wonach sie täglich 16 Gr. verdienen und täglich eine gewisse Anzahl Stücke abliefern müssen. Für jedes mehrgearbeitete Stück sollte eine Prämie von 3 Gr. gezahlt werden, es ist jedoch auch dem geschicktesten Arbeiter nicht möglich die geforderte Stückzahl zu liefern, viel weniger natürlich kann er je eine Prämie verdienen. Fordern die Fabrikanten durch solches Verfahren, das die vollkommenste Blüthe der Arbeiter-Verhältnissen gegenüber zeigt, nicht gradezu zum Strite auf?

Aus den Vereinigten Staaten Amerikas endlich die freudige Kunde, daß der Präsident angeordnet hat, daß bei der Einführung der 8 stündigen Arbeitszeit in den Regierungsbürokräten, den Arbeitern kein Abzug vom vollen Arbeitslohn gemacht werden soll. — Schließlich noch die Nachricht, daß außer dem im Vereinsheile mitgetheilten neuen oder doch bedeutend veränderten Ortsvereinen, neu constituirten sind in Königsherg i. P. die Schneider mit 141 Mitgliedern. Secretair ist Schröder, Steinbamm-Pulverstr. 12; in Elbing die Maurer; Porzellanarbeiter in Neuenhof, Breßlau und Grünstadt, in Greifswald die Zimmerleute, Maurer und Schuhmacher, zu dem Ortsverein der Schneider daselbst gehören sämmtliche anwesende Gesellen.

In der am 20. d. M. stattgehabten sehr zahlreichen Versammlung der Mitglieder der Gewerksvereine in der Tonhalle hielt unter lebhaftem Beifall Dr. Max Hirsch einen Vortrag über die Schiedsgerichte, Abg. Schulze-Delitzsch über die Einrichtung von Frauen- und Unterstützungs-kassen. Hierauf schloß sich eine Diskussion, an der sich auch der anständige Ent-

verständnis Dr. Zimmer befehlige. Die Versammlung beauftragte den Verband der Berliner Ortsvereine mit der Ausarbeitung eines Muster-Statuts für diese Kassen. Die 180 festeren Spandauer Maschinenbauer waren sämtlich zugegen. Der stenographische Bericht über diese wichtige Versammlung wird besonders herausgegeben werden.

Gewerkevereins-Heft.

Nach Berlin.

§ Der Generalrat des Gewerkevereins der Deutschen Schuhmacher und anderer Lederarbeiter hat in seinen letzten Sitzungen die Kassenordnung von der Central-Kommission für Deutsche Gewerkevereine mit einer kleinen Aenderung im § 3 angenommen und ferner festgesetzt, daß bis zum 15. jeden Monats die Kassenablässe vom vorhergehenden Monat eingekandt werden müssen.

Die Bezahlung der Ortssekretäre ist auf 8 Prozent, die des Generalsekretärs auf 2 Prozent sämtlicher Einnahmen vom 1. Juli 1869 ab normirt. Die Bezahlung der Kassier und Schatzmeister ist die in der Kassenordnung festgesetzt. Die Bezahlung der Gehälter erfolgt vierteljährlich postnumerando.

In der Ortsversammlung der Schuhmacher u. c. erfolgte die Annahme einer Resolution, nach welcher die Bemühungen der Kaufleute wegen Schließung der Läden den Mitgliedern zur Pflicht gemacht wird. Die Neuwahl des Ausschusses ergab: Puhl, Vors.; Callan, Stellvert.; Hertrampf, Secret.; Köder, Kass.; Kaufahl, Controleur. Hertrampf, Secret.

§ In der Versammlung des Ortsvereins der Schneider zu Berlin wurde am 23. d. M. der Beschluß gefaßt, bezugs Gründung eines Gewerkevereins der Schneider die schon bestehenden und in Bildung begriffenen Ortsvereine der Schneider aufzufordern, zum 1. und 2. August d. J. Delegirte hierher zu entsenden. Eine für die Arbeiter in Knochstedt veranstaltete Sammlung ergab 3 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf.

§ Der Ortsverein der Porzellan- und Glas-Maler hat folgende Veränderung in seinem Vorstand vorgenommen. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Th. Hertz, (Mathienstr. 18 pr. Nr. Peggold); zum Secretär Herrm. Hoole, Auguststr. 41, die übrigen Kenner wurden an die Herren Kraußoff, Richter, Diebe, Straßer und Plagge übergeben. Th. Hertz, Vors.

§ In der letzten Sitzung des Gewerkevereins der Tischler u. c. wurde zunächst die Kassenordnung die vom Generalrat vorgeschlagene Aenderungen gemäß angenommen. Sodann beschloß man einstimmig, daß die Agitation der Kaufleute, von allen Mitgliedern des Vereins kräftig unterstützt werden sollen. Demnächst wurde eine von Velscher eingebrachte Resolution einstimmig angenommen, in welcher den Herren Schulze-Dehlisch, Dunder und Dr. Max Hirsch und allen denen, die in demselben Sinne gestimmt haben. Für ihr Verhalten im Reichstage, besonders für ihre Bemühungen um die Aufhebung der Zwangsfrist gedankt wird.

h. Lieblicher, Secretär.

§ Am 20. d. M. hat sich ein Ortsverein der Tischler- und Berufsgelegenheiten in Hinterwalde definitiv konstituit, gewählt sind: Friedrich Hantsch, Vors.; August Sporn, Stellv., Velscher, Secretär; Friedr. Sautz, Kassier; Woyt Schuster und Aug. Wessel, Controleur. Eintrittsgeld haben sofort 120 Mitglieder gezahlt und werden nächstens noch bedeutende Einzelschickungen stattfinden, da die Tischmacher am genannten Tage Auszüge hielten, und deshalb die Zeit sehr knapp war. Th. Kaufmann, General-Secretär.

§ Folgendes ist uns aus dem Ortsvereine der Berliner Zimmerleute mitgetheilt worden:

Wie bei den meisten Professionen, so existirt auch beim Zimmerwerk die alte Sitte, daß jeder bei einem Meister neu anfangende Geselle ein Quart Branntwein als Einstand giebt. Es ist dies eine alte aber keineswegs schöne Sitte, denn abgesehen davon, daß fast jeder Arbeitswechsel mit Unannehmlichkeiten und Zeitverschwendung verbunden, trifft manchen armen Familienvater oder jugendlichen Gesellen die Ausgabe für den Einstand recht hart, und wäre es zu wünschen, daß ein Jeder nach Kräften dahin strebt, daß diese Lasten aus der Welt geschafft würde.

Was thun nun aber die Schweizeraner? Den Branntwein wollen sie abschaffen als Einstand, dafür soll aber der die Arbeit wechselnde oder jugendliche Geselle für das laufende Jahr 6 Sgr. in ihre Kasse zahlen,

ob in die Strike-Kasse oder in die Agitations-Kasse ist nicht bekannt, so viel steht jedoch fest, daß vor dem Strike, diese Gelder in die Agitations-Kasse gestossen sind, und möglicherweise auch noch fließen. So stellen sie z. B. einen Mann an die hiesige Zimmergefellens-Kontrolle hin, welcher dort Propaganda theils für den Schweizerverein theils für die 3 Sgr. Einstand machen muß.

§ In der Versammlung der Maurer und Steinhauer am 21. d. M. wurde der Antrag des Arbeitervereins bezugs Bewilligung eines Pauschquantums für Zulassung der Mitglieder unseres Ortsvereins zu den Beiträgen im Arbeiter-Verein und Benutzung der Bibliothek fast einstimmig angenommen. Ferner sand das Ersuchen des Hrn. Landgraf bei ihm auf die Zeitungen zu abonniren allgemeine Zustimmung. Eine Sammlung für die Arbeiter in Knochstedt gab den Ertrag von 3 Thlr. 20 Sgr.

Wöhler, Vors.

§ Bremen, den 23. Juni 1869. Prof. Dr. Hirsch sagte bei Ueberrückung der Adresse an den Ober-Bürgermeister H. v. d. L. überaus lobend waren diese Vorschläge (in der katholischen Volksschule betreffend) der confessionellen Schulen eigentümlich nicht; denn die Kohheit erscheint stets im Gefolge des Fanatismus! Wie passend sind diese Worte auf diejenigen Mitglieder der katholischen Partei, die sich vorgenommen haben, durch wüthes Geschehen sowie durch unanständige Disposition jede zur Bildung von Gewerkevereinen zusammenführende Versammlung zu fören! Am 15. d. war von dem hiesigen „gemischten Gewerkeverein“, der sich gebildet hat, und durch Agitation die Gründung von Ortsvereinen zu ermöglichen, eine Versammlung von Maschinenbauern und Metallarbeitern berufen, die aus Grund Hirsch-Drechsler Statuten einen Ortsverein bilden wollten. Trotz der vorstehenden genauen Kennzeichnung derjenigen Personen, welche gemeint waren, erschienen die Hirschler in großer Anzahl; Einzelne hörten durch unnütze Zwischenreden und Durcheinanderreden die Versammlung derart, daß diese vom Vorhaben geschloffen werden mußte, da man von der zu Gebote gestellten politischen Intervention selbstverständlich keinen Gebrauch machen wollte. Ganz ebenso hatte es sich kurz zuvor in einer von dem Kassenoortstabe der Schuhmacher für diese berufene Versammlung zugetragen. — Dennoch ist es glücklich, am Montag einen Ortsverein der Drechsler und am Dienstag einen solchen der Schuhmacher zu gründen. Ist die Anzahl der Mitglieder vorläufig auch nur gering, so läßt sich mit Sicherheit doch erwarten, daß die gute und gerechte Sache so viel Anziehungskraft ausüben werde, daß beide Vereine binnen Kurzem erstehen.

Bei dieser Gelegenheit wollte ich mir darauf aufmerksam zu machen erlauben, daß bei Bildung von Drechsler-Ortsvereinen kein Unterschied zwischen Holz- und Metalldrechsler gemacht werden möge, weil, wie von den Beteiligten besauptet wurde, dieselben bald in dem einen, bald in dem andern Material beschäftigt werden und daß somit eine Scheidung dieser Beschäftigung nur nachtheilig wirken würde; beider Interessen gingen durchaus Hand in Hand. Was hier in Breslau die Bildung der Ortsvereine erschwert und die Ausbreitung der Hirschlervereine ermöglicht hat, ist vor allen Dingen die Gleichgültigkeit der Fortschrittspartei und der liberalen Presse, die zu diesen Fragen Stellung zu nehmen sich niemals veranlaßt fand. Dittmann.

§ Bromberg, den 22. Juni. Die Bewegung für die Gewerkevereine nimmt hier immer größere Dimensionen an. Der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter hat bereits 223, der der Tischler 84, der Maurer 50, der Schneider 50 Mitglieder. Unsere Zahl dürfte sich jedoch bald um das Doppelte erhöhen, da auch die andern Gewerke schon mit Gründung von Vereinen vorgehen; so sind die Schuhmacher bereits in der Constitution begriffen. Lübed.

§ Dausig, 6. Juni. Im Namen des hiesigen Ortsvereins der Zimmerleute melde ich die bereits bei uns in's Leben getretenen und geliebten sonntäglichen Vormittags-Unterrichtsstunden im praktischen Hoch-, Mühlen- und Treppenbau. Und ist der theoretische Unterricht in eben diesen Wissenschaften ebenfalls in ein paar Wochen in Bereitschaft, an den Sonntagen jetzt, später des Winters an Abendstunden. — Und soll zur Bezahlung der Lehrer u. c. ein Fond dadurch gebildet werden, daß die dem Unterricht bedürftigen Mitglieder, sowie auch die hierzu sich gemeldet habenden Tischler u. c. ein geringes Beitrags-Pononar für Belehrung zahlen. Die Lehrlinge des Vereins und Aukere desgl. erhalten einwöchentlich diesen Unterricht unentgeltlich.

Ferner, zur Hauptfrage: Es haben sich bereits Lehrlinge des Gewerks der Panzschmiederei, welche ihre Lehrgeld bei den verschiedenen Meistern erfüllt, und dadurch ihrer Pflicht gegen den Meister genügt, bei unserm Vorstande zur Prüfung gemeldet, (um dadurch, weil es die jetzigen Gewerke-Gesetze gestatten, circa 23-24 Thlr. zu ersparen). Und sind von unserer Seite dahin beschloffen worden:

daß wir sie gerne annehmen wollen, mit dem Bemerkten, daß diese Lehrlinge des Meister-Gewerks uns ein Führungs-Attest und Entlassungs-Bescheinigung des betreffenden Lehrmeisters herbeibringen. — Ob dieses nöthig ist? — Auch würden wir diese Sache dem Generalrat des Vororts anzeigen, resp. um dessen Rath ersuchen! Welches ich hiermit gethan.

Dann sollen diejenigen, die in der Prüfung (welche theils in angemessenen praktischen, theils ebenso theoretischen Beziehungen gewissenhaft gesehen soll) bestanden, 6 Thlr. bezahlen, deren kleinster Theil zu Kosten und Prüfungs-Gebühren für die prüfenden Lehrer (auch Vorstandsmitglieder) verwendet, und der übrige Theil der Belehrungs- u. c. Kasse bezugs Zahlung der Lehrer-Gehälter, Miethe, Heizung- und Beleuchtungs-Material,halten von belehrenden Zeitschriften und Anschaffen von Büchern zum Unterrichten, zufallen soll.

Auch über diese Sache und vorzüglich darun, ob wir auf dem Wege des Rechtes uns befinden, bitten wir um Rath und Verhaltensregeln laut Geseg.

Alles dieses vorher Berichtete ist in der Versammlung am 4. Juni d. J. den gekamten Vereins-Mitgliedern vorgetragen und von allen genehmigt worden. Auch ist der Prüfungstag als am 21. Juni d. M. bestimmt bereits festgesetzt. (Es befinden sich auch unter den zu Prüfenden 3 Gewerkschüler.)

Es muß uns sehr daran liegen, daß der Generalrat unser Vorgehen nicht allein billigt, sondern auch genehmigt und unterstützt. Da wir auf dem Gebiete der Bildung durch Zuziehen solcher Mitglieder und Jünglinge gewiß vorzusprechen glauben, und hierzu auch berechtigt sind, und es für unsere Pflicht halten, dem Gesuche dieser Lehrlinge entgegen zu kommen.

Auch sollen in Wäde die von uns entworfenen (mit Berücksichtigung der Muster-Statuten) Statuten der Kranken-, Sterbe- und Invalidenfassen, die hier anerkannt, nach Berlin zur Begutachtung eingekandt werden. J. C. Harnack, Orts-Secr.

Wir sind überzeugt, daß der Generalrat Ihres Gewerkevereins Ihr rühtiges Vorgehen nicht nur billigen, sondern allen anderen Ortsvereinen zur Nachahmung empfehlen wird! Bildung muß der Grundteten unserer Organisation sein! Die Redaction.

§ Orlitz, den 23. Juni. Die Neuwahl des Ausschusses des Ortsvereins der Schneider ergab: Carl Pohl, Vors., Sommerstr. 37., Reich. Hoffmann, Stellvert., Franz Treutler, Secr., Reichstr. 17., Joh. Gottschlich, Kass. In Reichenbach in Böhmen ist es uns gelungen, unsere Ansichten zu verbreiten, und sieht daselbst die Gründung eines Ortsvereins der Schneider nahe bevor.

§ Nürnberg. Der Vorsitzende des neugewählten Ausschusses des Ortsvereins der Schuhmacher ist Joseph Reichert, Schmid, Stellv.; Jahner, Secretär. Die Maschinenbau- und Metallarbeiter, sowie die Schneider, werden in nächster Zeit hier einen Ortsverein constituiren. H. B. Gied.

§ Tangerhütte, den 24. Juni. Am 20. d. M. hielt in unserer Ortsversammlung ein beliebiger junger Lehrer einen Vortrag über die Gestalt und Bewegung der Erde. Derartige Vorträge würden sich unserer Ansicht nach für alle Vereine sehr empfehlen, da grade durch erweiterte Kenntniss in den Naturwissenschaften viel zu unserer geistigen Ent-wicklung beigetragen wird. Auf diese Weise würden die Ortsvereine zugleich Bildungsvereine werden. Die Neuwahl des Ausschusses ergab folgendes Resultat: Gumbach, Vors.; Henneberg, Stellv.; Tittel, Secr.; Altes, Kass.; Niephagen, Contr.; B. Bove, Hörtel II., B. Heuerhaus, B. Müller, Beisitzer. Tittel, Secr.

Arbeitervereins-Heft.

— Bremen, 18. Juni 1869. In der Hauptversammlung des Vereins „Vorwärts“ erstatteten nach einer kurzen Besprechung über die diesjährige Feier des Vereins-Jubiläum die Deputirten zu dem Casseler Congreß, die Herren Th. Horwath und Dr. Gröning eingehenden Bericht über die dort gefloffenen Verhandlungen und wurde alsdann beschloffen in der demnächst abzuhaltenden Versammlung die Gewerkevereinsfrage zu besprechen, sowie zu diesen Debatten die Vorstände der schon bestehenden Vereine der Maurer, Steinhauer und Tischler einzuladen, die auch bereits jener Versammlung beizuwohnen.

Am 8. Juni sprach Hr. Th. Horwath über den Casseler Tag im Bremer Gigarrenarbeiter-Verein und forderte zum Schluß denselben auf, dem Arbeiterunde beizutreten. Hierüber soll in der nächsten Monatsversammlung abgestimmt werden, doch erklärten sich alle Redner schon im Voraus zu Gunsten der Aufforderung.

— Vom Vorort des deutschen Arbeiterbundes, Karlsruhe, geht uns das Rundschreiben desselben an die Mitglieder der deutschen Arbeitervereine zu, unterzeichnet von Jul. Schulze, Vorsitzenden, Oberle, Schriftführer. Wir begrüßen in diesem künftigen und bereiten Aufruf mit Freuden den ersten Schritt des neuen Vororts zur Belebung und Ausbreitung des Arbeiterbundes, und sind überzeugt, daß der Erfolg nicht ausbleiben wird. Insbesondere danken wir dem Vorort im Namen der Gewerksvereine für die warme Empfehlung derselben und werden es als eine unserer schönsten Aufgaben betrachten, den geschlossenen Bund zwischen den Bildungsvereinen, Genossenschaften und Gewerksvereinen immer enger zu knüpfen! — Der Karlsruher Aufruf kann auch von dem Herausgeber d. Bl. unentgeltlich bezogen werden.

Verbands-Urteil.

— Der Centralrath des Verbandes deutscher Gewerksvereine beschäftigte sich auch in den beiden Sitzungen am 18. und am 23. d. M. (beide Mauersstr. 78 bei Winkler) vorzugsweise mit den gegenwärtig dringenden Verbands-Angelegenheiten, dem Organ und der Invalidentasse. In Betreff des Organs wurde nach eingehenden Debatten schließlich festgestellt, daß die gesammte Expedition Sache des Verbandes ist, und von dem Verbands-Kassirer, Herrn Landgraf besorgt wird. Im Uebrigen bleibt für Berlin und Umgegend der Betrieb durch die Zeitung-Expediteure; Herr Landgraf errichtet mit dem 1. Juli eine eigene Zeitung-Expedition und nimmt auch direct Bestellungen entgegen. Für Berlin wird ein Monats-Abonnement à 2¹/₂ Sgr., bei mindestens 8 Exemplaren unter ein er Adresse à 2 Sgr. pro Exemplar mit dem 1. Juli eröffnet.

In Betreff der Verbands-Invalidentasse wurde der Erlaß des unten folgenden Aufrufs beschlossen. Der Anwalt machte die ehrenliche Mittheilung, daß der Sachverständige Herr Dr. Zillmer die Vollendung seines Gutachtens binnen spätestens 3 Wochen zugesagt, und die Genehmigung von Seiten der Regierung näher in Aussicht gestellt habe.

Das Bureau des Centralraths wurde bis 1. August provisorisch beständig, und Herr Hildebrandt zum prov. Verbands-Kontrollleur erwählt. Die Ortsvereine der Buchbinder u., der Klempner u., der Bergolter, der Polamentiere zu Berlin, der Lithographen zu Neuhäppin und der Köpfer zu Danzig erklärten ihren Beitritt zum Verbands und wurden mit Freuden aufgenommen. Im Auftrage des Centralraths der deutschen Maurer und Steinbauer hat der Ortsverein desselben Gewerks zu Berlin die Herren Ruppelt und Strauch zu Mitgliedern des Centralraths erwählt; dieselben traten am 18. ein.

In derselben Sitzung begrüßte der Centralrath Hr. Malik, Orts-Secretär der Maschinenbau- und Metall-Arbeiter zu Spandau, welcher in Gesellschaft des Hr. Endenbäum die Nachricht von der soeben erfolgten ehrenvollen Arbeitseinstellung in der Königl. Beschüß-Gießerei brachte. Der Centralrath erklärte im Einverständnis mit dem Anwalt, im Nothfall für die Spandauer Arbeiter mit aller Kraft eintreten zu wollen. — Am 13. brachte Hr. Kändler, General-Secretär der Maschinenbau- und Metall-Arbeiter das (unten abgedruckte) Protokoll der Generalraths-Sitzung vom 20. v. und beschloß der Centralrath einstimmig, befehl von dem dringenden Wunsch nach Einigung mit dem Gewerksverein der Maschinenbau- und Metall-Arbeiter, auf den 19. Juli einen außerordentlichen Verbandstag nach Berlin einzuberufen, um vereint mit den Delegirten der Maschinenbauer die Verbands-Statuten zu revidiren. Allseitig machte sich das Bedürfnis nach Einigkeit auf's Lebhafteste geltend, und der Anwalt wies darauf hin, daß, wenn selbst die Maschinenbauer für jetzt eine eigene Invalidentasse begründen, die eine spätere und hoffentlich baldige Verschmelzung mit der Verbandskasse keineswegs ausschließe.

Im Anschluß an seinen Vortrag über die englischen Schiedsgerichte (am 20.) und nach ausführlicher Begründung beantragte der Anwalt: der Centralrath wolle sämtliche Orts- und Gewerksvereine zur baldmöglichen Bildung von Schiedsgerichten gemäß § 3 al. 7 der Musterstatuten auffordern, und die Errichtung eines Verbands-Schiedsgerichts auf die Tagesordnung des

nächsten Verbandstages setzen. Dieser Antrag fand allgemeine Unterstützung und Annahme; der Anwalt erklärte sich bereit, bis zur nächsten Woche den Entwurf zur Konstituierung von Schiedsgerichten für Orts- und Gewerksvereine ausgearbeitet und auf Wunsch zu versenden.

Dr. Max Hirsch, Anwalt des Verbandes.
§ Am 20. fand in Berlin eine vollständige Sitzung der Maschinenbau- und Metallarbeiter statt, um über die Frage des Ausschlusses an den Verband ein bestimmtes Programm für die nächste Delegirtenversammlung festzustellen. Außer den berliner Mitgliedern waren anwesend die Herren Treichel aus Danzig, Häppler aus Magdeburg, Hagenaus aus Stettin, Bloch aus Landberg a. B., Land aus Potsdam, und Kocak aus Spandau, außerdem Herr Dr. Hirsch als Anwalt des Verbandes. Die Diskussion erörterte nochmals die Gründe für und wider den Eintritt, hob besonders die Gefahr hervor, welche ein sofortiges Eintreten mit der Invalidentasse vor einer Klärung der verschiedenen Ansichten und Consolidirung des Verbandes herbeiführen könne, beschloß die im Verbandsstatut noch mangelhaften Punkte, deren Aenderung vom Verein lebhaft gewünscht wurde, erkannte aber andererseits die Nothwendigkeit des Anschlusses an den Verband allgemein an. Nachdem Herr Dr. Hirsch erklärt hatte, daß der Centralrath sichtlich mit Bereitwilligkeit im Interesse der Sache auf Aenderungen eingehen werde, wurde beschlossen, dem Delegirtenstag vorzuschlagen: die Invalidentasse zunächst selbstständig zu begründen und zu verwalten, die Frage wegen des Eintrittes des Gewerksvereins zu verfahren, nachdem im Verein mit einem gleichzeitig tagenden Verbandstage die gewünschten Statutenänderungen herbeigeführt seien.

Herr Advokat R. Franke aus Plauen rufen bei seinem Abgang von hier nach Leipzig, für die ungenügende Bemühung und Aufopferung bei Errichtung der unterzeichneten Ortsvereine den innigsten Dank nach.

Die Ortsvereine der Weber und Maschinen-Sticker zu Plauen i. B.

— Versammlung des Verbandes der Berliner Ortsvereine, Donnerstag den 1. Juli Abends 8 Uhr bei Winkler. Antrag d. Berliner Arbeitervereins in Sachen des Vereins d. deutschen Kaufleute. Krankenentlastungsbefreiung. W. Endenbäum.

Generalversammlung des D. B. der Fabrik- und Handarbeiter: Sonnabend d. 26. d. M. Abends 8 Uhr in Streich's Lokal, Neue Friedrichstr. 44. Tagesordnung: 1. Vorstandwahl, 2. Eingehung zur Invaliden-Kasse, 3. Vereinsangelegenheiten. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht. Nur Mitglieder erhalten zu dieser Versammlung Eintritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Irribühnlich war in Nr. 5 des „Gewerksvereins“ Montag statt Sonnabend gefest. C. Wald, Ortsleiter.

Zu dem am 23. d. M. stattfindenden Konzert und Ball im Hofjäger werden hiermit alle Mitglieder der Gewerks- und Ortsvereine, sowie des Berliner Arbeitervereins und alle Freunde und Gönner der Sache ergebenst eingeladen. Der Betrag wird zur Ausbreitung der Gewerksvereine verwendet. Billets sind vorher bei sämtlichen Ortsleitern, bei dem Vorst. des Berl. Arbeitervereins Hr. Krebs (Sebastianstr. 70), dem Vorst. des Schneider-Unterstützungsvereins und dem Vorst. des Damenschneidervereins zu dem ermäßigten Preise von 2¹/₂ Sgr. zu haben. Herren die am Ball Theil nehmen, zahlen 2¹/₂ Sgr. nach. H. Pleßmann, Secr.

Generalversammlung des D. B. der Tischler u. Sonnabend den 26. d. M. 8 Uhr bei Hofmann, Alexanderstr. 36. L. D. Neuwahl des Ausschusses. Aufnahme neuer Mitglieder. Eingehung in die Krankentassen.

Generalversammlung des D. B. der Bergolter, Montag den 28. d. M. 8 Uhr bei Hoppoldt Prinzenstr. 71. H. Brommann, Secr.

Der D. B. der Fabrik- und Handarbeiter hat sein Arbeitsnachweis-Bureau bei den Herren C. Wolf Prinzenstr. 3 und E. Rindner Hofmannstr. 61 eröffnet. Den Mitgliedern des Vereins sowie auch Nicht-Mitgliedern zur Nachricht, daß dieselbe unentgeltlich Arbeit nachgewiesen wird. Der Ausschuß.

Ortsverein der Studlarbeiter u. zu Berlin. Sonnabend den 26. Juni a. Generalversammlung, Café Baese, Marktstraße 28. Abends präc. 8¹/₂ Uhr. Tagesordnung: 1) Feststellung der Statuten für den Secretär. 2) Neuwahlen des Ausschusses. Wahl der 3 General-Revisoren. Bericht. Nur Mitglieder haben Zutritt. H. Kaufmann, Vorsitzender.

Orts-Versammlung der Berliner-Invalidenten, Mittwoch den 30. Juni Abends 8¹/₂ Uhr. Café Humboldt. Neue

Grünstraße 32. L. D.: Beschlußfassung über das Statut. Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt. Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig. H. Bernstein, Secr.

Alle sämtliche Orts-Ausschüsse des Gewerksvereins der deutschen Stuhlarbeiter u. Nach Beschluß des Centralraths vom 15. d. M. werden die betreffenden Secretäre resp. Kassirer gebeten, so bald als möglich die revidirten Monatsabschlüsse, Mitgliederverzeichnis und Angabe des Tages der Konstituierung des Ortsvereins an meine Adresse einzuliefern. Ebenso bitte ich Bestellungen auf Statuten, Beitragslisten und sonstige Utensilien, wo es noch nicht geschehen, an mich abgehen zu lassen. Berlin, den 24. Juni 1869. Für den Vorort: H. Kaufmann, Gen.-Secr. Blumenstr. 63.

Die Orts-Vereine des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metall-Arbeiter werden hiermit dringend aufgefordert, ihre Mitglieder-Zahl und Kassens-Abschlüsse, wo es noch nicht geschehen, so schnell wie möglich einzuschicken. W. Fängler, Secret. Gartenstr. 166.

Die nächste Vereins-Versammlung findet Sonnabend den 3. Juli bei Rolf Neue Grünstr. 31 statt. Am Donnerstag den 1. Juli ist ebenfalls Vorstandssitzung zur Uebernahme der Geschäfte vom alten Vorstand.

Aufruf! Laut Beschluß des Centralraths tritt die deutsche Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit mit dem 1. Juli d. N. provisorisch in's Leben, insofern die Annahme der Beiträge und demgemäß die Berechnung der Beitragshöhe von da ab beginnt. Wir erjuden nunmehr alle dem Verbands angehörigen Gewerks- und Ortsvereine, ihre Mitglieder, soweit dies noch nicht geschehen, zur baldmöglichsten Beteiligungsdringend aufzufordern und ihre Ortskassirer zur Annahme der Wochenbeiträge (1 oder 1¹/₂ Sgr.) zu ermächtigen. Die dazu erforderlichen Quittungsbücher (zugleich für Kranken- und Begräbniskassen eingerichtet), können vom Anwalt zum Kostenpreise bezogen werden, und wird um halbjährige Bestellung erludt.

Gemäß der Statuten müssen alle Ortskassirer welche Beiträge zur Invalidentasse annehmen, unbedingte Kautions nach § 1. der Muster-Kassenordnung stellen, widrigenfalls der betreffende Ortsverein die Verantwortlichkeit für etwaige Defecte zu tragen hat. Sich erheit der Invalidenten ist die erste Pflicht des Verbandes!

Der Anwalt, Der Verbands-Kassirer, Dr. Max Hirsch, H. Landgraf, Reanderstr. 30. Berlin, 25. Juni 1869.

Briefkasten. Schröter, Kogena u. Ihre Ortsvereine waren die ersten, die für das neue Quartal bei uns abonnierten. Wir danken Ihnen für die große Bestimmung von 23 resp. 46 Exemplaren! — Hr. Siegen. Wir sind nicht im Stande Abhebers über das Patent betr. eine Leisten-Maschine zu erfahren. — St. Kürberg. — Sch. Carlstraße. H. in Bremen besichert sich sehr, daß ihm noch keine Antwort auf sein Schreiben zugegangen ist. Wollen Sie baldigst antworten, lebhaftest Hätigkeit ist doch so dringend nothwendig. — Dem unbekanntem Dichter. Zur Aufnahme Ihres Gedichtes würde dasselbe doch erst einiger Aenderungen bedürfen. — Rosta. Um nicht das Unterstützungsgeld an vom Staate unterstühten Anstalten bezogen zu müssen, ist der Fall, wo die Eicheheit die Aufnahme in eine öffentliche Anstalt verlangt, unter die Ausnahmen aufgenommen. Bei stillem Wahnstimm u. ist die Unterstützung selbstverständlich. — Thorade Döbenburg. E. Wolf Plauen i. B. Verbindlichsten Dank für Ihre interessanten Beiträge, welche in den nächsten Nr. veröffentlicht werden. — Auch in dieser Nr. hat vieles schon Gelegte wegen Raum-Mangels zurückbleiben müssen. Folke Gleichig beschließen. — Garna ad Danzig. Entschuldigend Sie Verzögerung. Die Akteie gehen heute unterschrieben zurück. Gratulire!

Wir machen darauf aufmerksam, daß von jetzt ab Briefe, die an den Reichstagsabgeordneten Dr. Max Hirsch gerichtet werden, nicht mehr portofrei sind. — Zugleich stellen wir mit, daß neuen Abonnenten, welche die Nachlieferung der bisher erschienenen Nummern des Gewerksvereins wünschen, No. 1, welche noch einmal gedruckt ist, No. 2, 4, 5, und 6 zugleich geliefert werden können, soweit der Vorrath reicht. No. 3 jedoch ist vollständig vergriffen. Die Red.

Für die Arbeiter in Kofchredt gingen fernere ein: vom Ortsverein der Maurer in Berlin 3 Lhr. 20 Sgr.; vom Ortsverein der Schneider in Lhr. 25 Sgr. 6 Pf.; vom Ortsverein der Stuhlarbeiter in Cottbus 1 Lhr. 20 Sgr.